

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

21. August 1968 - 67 / II
Einzelpreis DM 0.75

SEITE 3: FERNSEHEN WOLLTE APO GEGEN SUDETENDEUTSCHE MOBILISIEREN
SEITE 4: WESTBERLINER TOURISTEN IN GRIECHISCHEN GEFÄNGNISSEN
SEITE 5: EXTRA-REPORT ÜBER DEN FALL HORST MAHLER
SEITE 8: CHEFREDAKTEUR WIRSING UND DAS "WELTJUDENTUM"

DUTSCHKE UND COHN-BENDIT: AUSLIEFERUNG DURCH SPRINGER

Der Hamburger Rowohlt-Verlag wird ab 1. Januar 1968 in Westberlin einen neuen Auslieferer haben: Die zum Springer-Konzern gehörende Ullstein GmbH. Die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Auslieferer Globig war offenbar nicht die beste. Das Springer-Unternehmen wird im kommenden Jahr daher auch Rudi Dutschkes und Daniel Cohn-Bendits gesammelte Werke an den Mann zu bringen haben. Ende September erscheint bei Rowohlt ein Sammelband von Aufsätzen französischer Studenten, unter ihnen Cohn-Bendit. Der Titel: "Aufstand in Paris oder ist in Frankreich eine Revolution möglich". Ende Oktober wird dann das erste Buch Cohn-Bendits ausgeliefert, an dessen Titel im Verlag noch gearbeitet wird. Der Dutschke-Sammelband wird wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres erscheinen. Wie Rowohlt der Westberliner Oberbaupresse mitteilte, hat das Verlagshaus die Wahrnehmung der literarischen Gesamtinteressen Dutschkes einschließlich der Funk- und Fernsehsendungen übernommen. Die Oberbaupresse, die beabsichtigt hatte, Dutschke-Texte wie bisher herauszubringen, hat aus Anlaß der Frankfurter Buchmesse daraufhin zu einer "Gegenmesse" aufgerufen: "Der Polizeiknüppel, der uns auf den Kopf schlug, ließ es bei den Verlegern bimmeln. Was dem Schütz die Freiheitsglocke ist etwa dem Rowohlt der Cohn-Bendit. Da sind keine Unterschiede. Der totale Verwertungsprozeß." Die Oberbaupresse kündigte an, sie werde "Generalabmachungen von Revolutionären mit Verlagen des Establishments" nicht einhalten.

MINISTER-GESPRÄCH: SCHÜTZ-SENAT IST BEUNRUHIGT

Das bevorstehende erste Treffen von Ministern aus der Bundesrepublik und der DDR wird in Bonn mit gemischten Gefühlen, in Ostberlin mit Gelassenheit, in Westberlin mit Mißtrauen erwartet. Unsere Informanten melden: Kreise der SED in Ostberlin geben sich optimistisch, da das Gespräch Schiller-Sölle, egal wie es ausgehen wird, eine Aufwertung der DDR und eine de-facto-Anerkennung bedeuten wird: In diesem Zusammenhang werden westliche Pressestimmen genüßlich zitiert. Man macht keinen Hehl aus der Auffassung, daß die Bundesrepublik diesem ersten Schritt weitere folgen lassen muß, die peu à peu von der Position der Bundesregierung wegführen. Es ist zu erwarten, daß daher auch während und unmittelbar nach dem Treffen die Kampagne gegen den Alleinver-

tretungsanspruch unvermindert weitergehen wird. Ostberlin ist ferner offenbar daran interessiert, das Gespräch in der DDR-Hauptstadt oder in Bonn stattfinden zu lassen.

In Bonn ist man sich, so besagen Informationen aus dem Parteivorstand der SPD, darüber im klaren, daß man nicht mehr zurück kann, selbst wenn man dabei "politisch brisante" Probleme aufwerfe. Man ist skeptisch wegen der Haltung der Alliierten, die dem bevorstehenden Treffen außer freundlicher Anteilnahme der diplomatischen Filialen in der Bundeshauptstadt wenig Interesse entgegenbringen. In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, daß es zu ernststen Meinungsverschiedenheiten wegen einer "Berlin-Erklärung" der drei Westmächte und der Bundesrepublik gekommen ist. Die drei Westmächte zeigen sich mehr und mehr ungeneigt, eine solche Erklärung im gegenwärtigen Zeitpunkt abzugeben. Größere Rückwirkungen aus dem Gespräch befürchtet man auch in Kreisen der Neutralen, wobei besonders die finnische Haltung als ausschlaggebend angesehen wird: Wenn Finnland, wie beabsichtigt, binnen der nächsten sechs Monate volle diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik und zur DDR aufnimmt, könnte "alles ins Rutschen geraten" (Wehner-Staatssekretär Wetzel).

In Westberliner Senatskreisen ist man äußerst skeptisch. Man hat wiederum verärgert festgestellt, daß der Westberliner Senat nicht aktiv in die Vorbesprechungen einer wichtigen Entscheidung eingeschaltet wurde: Westberlins Regierender Bürgermeister soll den Wunsch nach einem Gespräch mit Kiesinger oder Schiller oder beiden geäußert haben. Bonn aber winkte ab.

KABEL-FERNSEHEN: "HOSEN GESTRICHEN VOLL"

Der Westberliner Fernsehjournalist Helmut W. Sontag, Vorstandsmitglied der lokalen FDP, dementierte gegenüber EXTRA-Dienst Gerüchte aus Journalistenkreisen, denen zufolge Springer bei dem von Sontag geplanten Kabelfernseh-Objekt "die Finger mit im Spiel habe". Das Wohlwollen der von Springer dominierten Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungen (FBT) gegenüber Sontags Plänen erklärt sich der Kabel-TV-Initiator mit der Tatsache, daß Springer alle Pläne eines privaten Fernsehens grundsätzlich begrüßen müßte, da er ja selbst ähnliche Ambitionen hat. Verbindungen zur FBT bestehen nicht. Geschäftliche Kontakte zum Springer-Haus gibt es nur insofern, als die von Sontag geleitete German Television News mit 40 Stationen in aller Welt gelegentlich auch Film-Aufträge der Kochstraße ausführt. Bisher will Sontag auch noch keinen Finanzpartner für seine TV-Pläne haben: "Die Leute haben alle Angst vor den Kosten, dabei ist das gar nicht so schlimm. Ich hab mich schon immer gefragt, warum die APO nicht auf die Idee des Kabelfernsehens gekommen ist. Das wäre doch für sie ideal." Die Zustimmung des Senats zum Kabel-TV steht noch aus: "Da redet der Senat immer von Kulturhoheit der Länder und von Weltstadt, aber wenn dann jemand wirklich mal die Initiative ergreifen haben alle Verantwortlichen die Hosen gestrichen voll." Die Bundesländer, bei denen sich der Senat Rat holen will, werden nach Sontags Informationen zustimmen. Zumindest die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen befürworten die private Fernseh-Initiative.

PAPANASTASIOU: ABGEORDNETE SOLLEN SICH STELLEN

Der in Westberlin lebende griechische Dichter und Sänger Konstantin Papanastasiou hat an die sechs Bundestagsabgeordneten, die auf Einladung der griechischen Regierung Athen besuchten, einen Offenen Brief gerichtet. Er weist dabei auf die Unsummen hin, die die griechische Regierung an Werbeagenturen verschleudere, um "ihr Ansehen" in der "freien Welt" zu heben. Für die griechische Regierung arbeiten u. a. die US-Agentur Thomas J. Deegan Co. und die British Maurice Fraser Associates. Einer der Werbeslogans für den inner-griechischen Gebrauch: "Christus ist auferstanden! Das griechische Volk ist wirklich auferstanden." Der Slogan wurde in einigen Millionen Flugblättern in Griechenland verteilt. Papanastasiou fragt die Abgeordneten, warum wohl die Auslandsgriechen (Gastarbeiter, Studenten und Akademiker) sich nicht an der Verfassungsbestimmung beteiligen dürfen, während das Botschaftspersonal im Ausland wählen darf. Die MdBs Toussaint, Stecker, Huys (alle CDU), Ertl, Kubitna und Zoglmann (alle FDP) wurden aufgefordert, mit Auslandsgriechen über die Situation in Griechenland offen zu diskutieren. Der Wortlaut des Offenen Briefes ist bei K. Papanastasiou, 1 Berlin 31, postlagernd, zu erhalten.

EGERLÄNDER-TREFFEN: FERNSEHEN WOLLTE APO-DEMONSTRATION

Aus Anlaß des revanchistischen Egerländer-Treffens am kommenden Sonntag in Schirnding nahe der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze sollte, auf Wunsch des Fernsehens, eine Aktion der bayerischen Außerparlamentarischen Opposition stattfinden. Das Fernsehen schlug Nürnberger APO-Mitgliedern vor, sie sollten an der Grenze zur CSSR eine "symbolische Grenzwahe" aufstellen und damit, ebenfalls symbolisch, die "Grenze abschirmen". Die Außerparlamentarische Opposition lehnte den Vorschlag ab: "Wir sind nicht Statisten des Fernsehens. Im übrigen würden wir durch eine solche Aktion die Ostpolitik der Bundesregierung unterstützen. Es herrscht bei uns die Meinung vor, daß man die Egerländer ruhig gewähren lassen sollte, da das eine Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers zur Folge haben dürfte."

BUCHMESSE: 44 DDR-VERLAGE KOMMEN

Das Erscheinen der DDR-Verlage auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse ist nach Auskunft des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels gesichert. Mit 44 Firmen haben sich sechs Verlage mehr als im Vorjahr angemeldet. Die Teilnahme einiger weiterer Firmen, unter ihnen Reclam/Ost und Brockhaus/Ost, ist wegen des Einspruchs der namensgleichen westdeutschen Firmen auch diesmal nicht möglich. Um eine Wiederholung der Vorgänge um die Beschlagnahmung des "Braunbuches" vom letzten Jahr zu vermeiden, hat sich die Messeleitung durch eine Änderung der Messeordnung das Recht vorbehalten, Bücher von den Verlagsständen zu entfernen, gegen die in der Bundesrepublik rechtsgültige Urteile vorliegen. 1967 hatten Beamte der Frankfurter Staatsanwaltschaft aufgrund zweier älterer Urteile das "Braunbuch" auf dem Messegelände beschlagnahmt.

AFFÄRE HAERING: "LÜGENMÄRCHEN" ODER SKANDAL ?

Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bezeichnete eine Meldung der ostdeutschen Nachrichtenagentur ADN zum Fall Haering (EXTRA-Dienst hatte bereits am 17. August darüber berichtet) als "Lügenmärchen". Bei dem Terrorakt gegen den potentiellen Kriegsdienstverweigerer Haering habe es sich um einen formellen Waffenunricht auf der Stube gehandelt. Die Bundeswehr behauptet auch, Haering sei nach seinem Verschwinden aus der Kaserne am 1. August in München "aufgegriffen" worden; Tatsache ist, daß sich Haering freiwillig gestellt hat. Die Bundeswehr nahm in ironischer Weise auch zu dem Vorwurf Stellung, die sechs Bundeswehrsoldaten unter Führung des Gefreiten Polster (nicht Spiegelberg, wie es ursprünglich hieß) hätten das MG auf den kranken Kriegsdienstverweigerer gerichtet und mit Übungsmunition auf ihn geschossen. Die Bundeswehr erklärte, naturgemäß hätten die Rufe Haerings "Das Ding zeigt auf mich! Erschieß mich nicht!" bei den Soldaten "Heiterkeit" ausgelöst. - Haering wurde nach seiner freiwilligen Rückkehr wegen "eigenmächtigen Verlassens der Bundeswehr" zu 10 Tagen Arrest verurteilt - ganz offenbar eine milde Strafe, wenn der Vorgang so wäre, wie ihn die Bundeswehr darstellt. Haering hat inzwischen über seinen Anwalt Strafantrag stellen lassen wegen entwürdigender Behandlung, rechtswidrigen Waffengebrauchs, fahrlässiger Körperverletzung im Dienst, Nötigung, Mißbrauch von Befehlsbefugnissen.

AUGSBURG: KRITISCHES SEMINAR MIT NEGATIVER BILANZ

Das erste Semester des "Kritischen Seminars" in Augsburg (eine Paralleleinrichtung zur Kritischen Universität in Westberlin) ging mit einem, wie die Leitung mitteilt, negativen Erfolg zu Ende. Die Beteiligung war äußerst schwach (insgesamt 56 Studenten), der Gedanke der Selbstorganisation konnte nicht verwirklicht werden. Es soll trotzdem im Wintersemester ein zweiter Versuch unternommen werden.

HINWEIS DER REDAKTION

DER SOZIALISTISCHE CLUB führt seine Arbeit auch im Sommer weiter. Jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, trifft sich der Arbeitskreis "Theorie", jeden Freitag, 19.30 Uhr, der Arbeitskreis "Betriebsarbeit", jeweils in Berlin 44, Niemetzstraße 15 (Laden), Nähe S-Bahnhof Sonnenallee. Auch Nichtmitglieder sind eingeladen.

GRIECHENLAND: WESTBERLINER TOURISTEN IM GEFÄNGNIS

Zwei junge Westberliner, ein Student und ein Oberschüler, sowie der Sohn eines evangelischen Bischofs aus der Bundesrepublik sind bei einer Reise durch Griechenland verhaftet worden: Nachdem man ihnen erst angedroht hatte, sie vor ein Militärgericht zu stellen, wurden sie Ende Juli aus der Haft entlassen und über die Grenze nach Jugoslawien abgeschoben. Ihr Verbrechen: Die drei hatten, in einem kleinen Lokal des Ortes Ajos Vlasios, zu vorgerückter Stunde auf ihren Instrumenten eine Melodie gespielt, die einst als Wahlschlager für Papandreou komponiert wurde (Originaltext: "Jassu Giorgi Papandreou" - "Grüß Dich, Georg Papandreou"). Zehn Tage zuvor waren die drei in Griechenland angekommen, hatten sich Esel gekauft und wollten auf diese Weise quer durch Griechenland reisen. In Ajos Vlasios fand zur Zeit ihrer Ankunft ein Volksfest statt. In einem Lokal am Stadtrand wurden die Deutschen von den Gästen aufgefordert, auf ihren Balalaikas Musik zu machen. Sie sangen griechische Volkslieder, darunter auch das Papandreou-Lied. Eine Stunde später wurden sie auf dem Marktplatz von der Polizei verhaftet (Pointe am Rande: Genau mit diesem inkriminierten Lied versuchte der Westberliner Polizei-Conferencier Textor Sitzdemonstranten vor der griechischen Militärmission im Februar zu "befriedigen"). Ein Polizei-Offizier, der die drei am nächsten Tag verhörte, grüßte die Verhafteten ironisch mit "Heil Hitler" und erklärte, daß die Deutschen früher mit Waffengewalt den Frieden Griechenlands gestört hätten, jetzt versuchten sie es mit Liedern. Er drohte den Deutschen, daß man sie in Larissa vor ein Militärgericht bringen würde. Bei ihrem Aufenthalt in verschiedenen Gefängnissen Nordgriechenlands wurden die drei immerhin stets höflich behandelt. Im Gefängnis von Thessaloniki hatten die jungen Deutschen aber auch die Möglichkeit, sich über die Lage der politischen griechischen Gefangenen zu informieren. So wurde dort eine Gruppe von Anhängern der Zentrumsunion gefangengehalten, vorwiegend Ärzte, Juristen und Lehrer, auch der Leiter der Internationalen Ausstellungen von Thessaloniki. Die Gruppe hatte Flugblätter verfaßt und gedruckt, auf denen sie Demokratisierung des politischen Lebens in Griechenland gefordert hatte. Bei einem fand man die Druckmaschine im Keller. Durch schwere Folterungen wurde er gezwungen, die Namen der anderen preiszugeben. Alle Gefangenen wurden bei den Verhören geschlagen. Sie fanden niemals im Gefängnis selbst statt, sondern in einem Armeelager außerhalb der Stadt.

Zwischenstation bei der Abholung zum Verhör ist jeweils das Gefängnis der Sicherheitspolizei, wo die Gefangenen "vorbereitet" werden. Im gleichen Gefängnis, das von Stacheldrahtverhauen umgeben ist, saß in einer feuchten, fast lichtlosen Gemeinschaftszelle eine Gruppe von 15 bis 20 Studenten, die absolutes Sprechverbot erhalten hatte. Sie mußten wie alle Gefangenen auf dem feuchten Steinboden schlafen und durften am Tag für eine Stunde auf den Gefängnishof. In Thessaloniki sitzen etwa 150 Studenten im Gefängnis. Sie alle wurden gefoltert: Ihnen wurden die Fingernägel ausgerissen, mit Stockschlägen die Fußsohlen zerschlagen, Geständnisse mit Elektroschocks und einer besonders gefürchteten "Eisbehandlung" erpreßt: Was diese "Eisbehandlung" bedeutet, konnten die Deutschen aufgrund der sehr schwierigen Umstände, unter denen diese Mitteilungen gemacht wurden, nicht erfahren. Zwei Studenten sollen bei den Folterungen gestorben sein. Die Gefangenen interessierten sich am meisten für den Widerstand gegen die Militär-Junta in Deutschland und wollten wissen, wie es Rudi Dutschke nach dem Attentat geht, von dem sie gehört hatten. In der Nacht sangen die Gefangenen in ihrer Zelle Lieder von Mikis Theodorakis.

Einige der politischen Gefangenen hofften auf eine Amnestie, die im Zusammenhang mit der neuen Verfassung kommen soll. Über die Methoden, mit denen man die neue Verfassung "populär" macht, erfuhren die drei verhafteten Deutschen dabei Einzelheiten: Polizeibeamte und Militärs gehen mit vorgefertigten, das Regime und die Verfassung bejahenden Briefen in die Dörfer und lassen die zum großen Teil aus Analphabeten bestehende Bevölkerung unterschreiben. Solche Briefe werden dann in der Presse abgedruckt.

Vom Gefängnis in Thessaloniki aus wurden die deutschen Touristen an die Grenze bei Efzoni gebracht und in Richtung Jugoslawien abgeschoben. Einer der drei, der selbst Griechisch spricht, hörte aus einem in seiner Gegenwart geführten Telefongespräch heraus, daß die zentrale Sicherheitsbehörde in Athen die Abschiebung angeordnet hatte.

HUMANISTISCHE UNION: RÄTEREPUBLIK AUF DER LESEBÜHNE

Die Lesebühne "Art. 5" der Humanistischen Union, die mit Richard Matthias Müllers "Gesprächen über Deutschland" auch mehrfach in Westberlin gastierte, bereitet zum Herbst eine Dokumentation über die Münchener Räterepublik von 1919 vor. Der Text wird von dem Regisseur und Leiter der Lesebühne, Walter Ohm, und zwei Mitarbeitern zur Zeit erarbeitet. Die Humanistische Union will mit diesem Stück den zahlreichen Legenden und Mißdeutungen über die Geschichte des Münchner Räte-Experiments entgegentreten.

BÖRSENVEREIN: BUCHMESSE OHNE PUBLIKUM ?

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels hat in Rundschreiben an seine Mitglieder erneut vor "Störungen des Messebetriebes" gewarnt und die Firmenleiter aufgefordert, "auf Ihre in Frankfurt anwesenden Mitarbeiter in diesem Sinne einzuwirken". Zugleich wird vorbeugend gebeten, "Verständnis dafür zu haben, wenn schließlich zur Aufrechterhaltung des Messesfriedens Maßnahmen notwendig werden sollten, die der Einzelne vielleicht als Einschränkung persönlicher Freiheiten empfinden sollte. Die Frankfurter Buchmesse muß im Zeichen gegenseitiger Toleranz stattfinden, sie ist nicht der Platz für politische Auseinandersetzungen irgendwelcher Art, für Demonstrationen oder entkommene Selbstdarstellungen." Im übrigen bittet der Börsenverein darum, "die Grenzen des Taktes und der guten Sitten zu respektieren". Wie bereits gemeldet, ist unter anderem vorgesehen, im Falle von Störungen das Publikum von der Buchmesse auszuschließen; der uniformierte Ordnerdienst wurde verstärkt.

NPD: LANDESVORSITZENDER DECKT ROWDY

Ein von den NPD-Kreisvorständen Zehlendorf und Charlottenburg eingebrachter Antrag auf Ausschluß des Initiators der Überfälle auf die SDS- und APO-Büros, Pieper, wird vom NPD-Landesvorsitzenden, Kendzia, unterdrückt: Wie informierte Kreise berichten, kommt ein Ausschluß Piepers nach Meinung von Kendzia wegen der "Geringfügigkeit der Verstöße" nicht in Frage. Pieper solle eine "Bewährungschance" zugestanden werden. Deshalb wurde der Antrag der Kreisverbände auch nicht an die Schiedskommission weitergeleitet.

AKTENZEICHEN: 1 BT JS 135/67 / VON MARTIN BUCHHOLZ

EXTRA-REPORT

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, einen Mann und seine Existenz zu vernichten, ihn persönlich-moralisch und beruflich "fertigzumachen". Man kann beispielsweise das Gerücht verbreiten, er treibe es mit kleinen Kindern bis zu drei Jahren, man kann ihm heimlich LSD in den Frühstückskaffee tun, und ihn dann auf dem Dach der Gedächtniskirche die "Internationale" singen lassen, man kann es aber auch ganz einfach und undramatisch tun: Man geht zum Ersten Staatsanwalt Groß bei der Westberliner Generalstaatsanwaltschaft, nennt sein Opfer einen Betrüger, und alles weitere wird dann Herr Groß schon zuverlässig und nicht allzu diskret erledigen. Diese letzte Methode verspricht allerdings nur Erfolg, wenn der Mann, den man auf diese erledigen will, zufällig Horst Mahler heißt und als Rechtsanwalt vieler APO-Anhänger zum unbequemsten Links-Anwalt in Westberlin geworden ist.

Daß Mahler Herrn Groß unbequem ist, steht außer Zweifel. Er war es schon zu einer Zeit, als niemand von einer Außerparlamentarischen Opposition sprach, weil sie in dieser Form noch nicht existierte. Mahler nämlich war es, der der Öffentlichkeit immer wieder in Erinnerung rief, daß man beim größten westdeutschen Bankskandal der Nachkriegsgeschichte, der sogenannten Thyssenbank-Affäre, die Hintermänner laufen ließ und lediglich die weniger wichtigen Statisten zur Verantwortung zog. Einer dieser Statisten war der Westberliner Autohändler Karlheinz Wemhoff, der wegen Scheckkreiterei mehr als fünf Jahre im Moabiter Untersuchungsgefängnis saß. Sein Verteidiger: Horst Mahler. Sein Ankläger: Staatsanwalt Groß. Sein Richter: Landgerichtsdirektor Pahl, später Vorsitzender im Teufel-Prozeß.

Einer der unbehelligten Männer im Hintergrund war der Kurfürstendamms-Bankier Ernst Decot. Auch gegen ihn hatte Groß ermittelt. In der 900seitigen Anklageschrift war zu lesen, daß Decot gemeinsam mit anderen die Westberliner Thyssenbank um etwa 6 000 000 (in Worten: sechs Millionen) DM geschädigt hat. Er hatte sich jahrelang mit einer Reihe von Betrügern, vornehmlich aus dem Autohandel, in Manipulationsgeschäfte eingelassen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft platzten dabei Spekulationskredite, die er dieser Geschäftshalbwelt im vollen Wissen um deren Unseriosität einräumte. Um die Schulden, etwa 18 Millionen Mark, loszuwerden, beteiligte er sich - so die Anklageschrift - an gesetzwidrigen Finanzmanipulationen zum Schaden der Thyssenbank. Trotz dieser massiven Anklage wurde Decot nie verhaftet: Als seine Kumpane vor dem Landgerichtsdirektor Pahl auf die Anklagebank mußten, fehlte er: Das Verfahren war "abgetrennt" worden. Der Ankläger, Staatsanwalt Groß, gab sich damit zufrieden.

Lediglich der renitente Verteidiger Wemhoffs bohrte in über 50 Verhandlungstagen wieder und immer wieder in dieser offenen Wunde, verlangte stets von neuem, daß endlich der Hauptschuldige sich verantworten müsse. Die Aufgabe, die eigentlich Staatsanwalt Groß hätte wahrnehmen müssen, fiel so dem Verteidiger zu. Die Blamage war groß für Pahl und Groß, zumal als Mahler gegen die Haftpraxis im Fall Wemhoff bei der Menschenrechtskommission des Europarates Beschwerde einlegte und die Beschwerde als erste überhaupt von der Kommission akzeptiert wurde.

Das "abgetrennte Verfahren" gegen den Bankier Decot wurde dann im November 1967, ganz wie Mahler es vorausgesagt hatte, in aller Stille "beerdigt": Durch eine Einstellungsverfügung des Richters Pahl wurde Decot klammheimlich außer Anklage gesetzt. Diese Zentralfigur durfte aus übergeordneten politischen Interessen nicht als kriminell abgestempelt werden: Die Landeszentralbank und der Senat befürchteten dadurch - das läßt sich sogar dokumentarisch beweisen - einen allgemeinen Vertrauensschwund in- und ausländischer Kapitalanleger in die Westberliner Bankgeschäfte. Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch den federführenden Ermittlungsbeamten im Thyssenbank-Skandal, Groß, nahm die Einstellung der Anklage widerspruchslos hin.

Schon längst war Groß ein anderes Ermittlungsverfahren, das indirekt mit der Affäre zusammenhängt, interessanter erschienen: Diesmal ging es gegen den unbequemen Anwalt, der sich durch sein vehementes Engagement im Fall Wemhoff finanziell fast ruiniert hatte und sozusagen schon am Ende seiner gerade begonnenen Karriere stand. Mahler war im Laufe des Hauptverfahrens sogar soweit, daß er die Verteidigung niederlegen wollte, weil er von Wemhoff keinen Pfennig zu sehen bekam und selber durch den Aufbau seiner Anwaltspraxis mit Schulden überhäuft war, die er nun nicht abtragen konnte. Der Fall Wemhoff mit seinen komplizierten wirtschaftstechnischen Einzelheiten ließ ihn kaum Zeit, für andere Klienten zu arbeiten. Schließlich gab ihm Wemhoffs Schwiegermutter einen Schuldschein von 25 000 Mark, um für die Zahlung der inzwischen angelauten Verteidigungskosten von mehr als 26 000 Mark zumindest eine gewisse Gewähr zu bieten. Mahler ließ sich breitschlagen und arbeitete weiter.

Dieser Schuldschein nun soll ihm - wenn es nach Staatsanwalt Groß geht - zum Verhängnis werden. Heute nämlich behauptet die Schwiegermutter, sie habe niemals damit Wemhoffs Schulden bei Mahler abdecken, sondern die Dienste bei einem geplanten Hausverkauf entlohnen wollen. Der Sinneswandel läßt sich leicht erklären: Wemhoffs Frau ließ sich inzwischen scheiden, aus der Schwiegermutter wurde eine Ex-Schwiegermutter, die nicht mehr daran denkt, frühere für ihren Ex-Eidam eingegangene Verpflichtungen einzuhalten.

Gegen Anna Bodmer - so heißt diese einzige "Zeugin" des eilfertigen Ermittlers Groß - läuft übrigens schon seit 1963 ein Verfahren. Sie steht im Verdacht, an den Konkursverbrechen im Zusammenhang mit der Thyssenbank-Affäre beteiligt gewesen zu sein und ihrem Schwiegersohn geholfen zu haben. Der gegen sie ermittelnde Staatsanwalt hat sich wiederholt vor Zeugen sehr kritisch über die Wahrheitsliebe der Frau Bodmer geäußert: ihre Glaubwürdigkeit sei mehr als nur zweifelhaft. Dennoch fand der rechtschaffende Beamte das Vertrauen zu Frau Bodmer wieder, als ihre Aussagen sich plötzlich gegen Mahler richteten. Wen wundert's noch zu hören, daß es sich auch bei diesem Staatsanwalt um Herrn Groß handelt. Er vollbringt den doppelten juristischen Salto, eine Zeugin

einmal als absolut glaubwürdige integre Person zu betrachten und sie gleichzeitig als verlogene Beschuldigte abzukanzeln.

Wenn es gegen Mahler geht, so darf man vermuten, sitzt Herr Groß mit gläubig verzücktem Blick und andächtig lauschender Miene vor der "Zeugin" Bodmer, um, der moralischen Entrüstung voll, jene Ungeheuerlichkeiten zu protokollieren, die dieser Advokat des Teufels verbrochen hat. So hört er beispielsweise dieses Schauermärchen:

Es war einmal ein Haus am grünen Strand des Neckar. Eine brave Witfrau (namens Anna Bodmer) hatte dieses Häuschen von ihrem lieben Gatten geerbt. Doch ach, sie wußte, daß der Verblichene unrecht Gut, das nicht gedeihet, zum Bau des Häuschens verwandt hatte. Der böse Eidam (namens Wemhoff) hatte es ergaunert und dem Schwiegerpapa gegeben. Das Häuschen gehörte somit gar nicht der unseligen Witwe, sondern eigentlich den schmählich Begaunerten. Doch die wußten nichts davon. Die brave Frau hätte ihnen das Häuschen ja am liebsten zurückgegeben, doch ein listenreicher Fuchs flüsterte ihr tückisch und verführerisch ins Ohr, sie solle das Häuschen flugs verkaufen, dann hätte sie das Geld und keiner brauche etwas zu merken. Doch das gute Frauchen weinte und sagte, kein Makler würde ihr mehr trauen, seit der böse Eidam hinter Gittern sitze. Ei, sprach der Fuchs (namens Mahler), dann lasse ich das Häuschen für Dich verkaufen; allerdings mußt Du mir 25 000 Taler dafür geben, wenn ich dir einen Strohmann bringe. Die Witfrau, allein in ihrer Not, erlag den Einflüsterungen des Bösen und tat, wie er geheißen. Die 25 000 Taler aber gab sie ihm nicht, sondern nur ein Blatt Papier, auf dem sie die Schuld anerkannte. Bald aber reute die Brave ihr schlimmer Entschluß: sie wollte die Dienste des Fuchses nicht mehr. Na bitte, lachte der hämisch, aber ich behalte jene 18 000 Taler, die die Steuerbehörde zurückzahlt, wenn der Verkauf an den Strohmann rückgängig gemacht wird. Ich habe ja einen Schuldschein von 25 000 Talern. Das entrüstete die gute Frau. Sie lief zum Staatsanwalt und vertraute dem tüchtigen Beamten (namens Groß) ihr Leid an. Und der versprach, alles zu tun, um das schlaue Fuchslein zu fangen und einzusperren. Tja, und da er nicht gestorben ist, so fängt er es noch heute... Das also ist das Lieblingsmärchen des Herrn Groß. Er möchte es immer wieder hören, und da stört es ihn gar nicht, wenn die gute Märchentante es ihm jedesmal anders erzählt. Hauptsache, daß das Fuchslein stets der Böse ist in dieser Geschichte.

Tatsächlich hatte Mahler damals in einen rechtlich einwandfreien Strohmann-Verkauf des Hauses eingewilligt, da Frau Bodmer bei den Maklern persona non grata war nach der Thyssenbank-Affäre. Allerdings wußte er nicht, daß auch dieses Haus aus Geldern dieser Affäre bezahlt war. Als Wemhoff es ihm Wochen später erzählte, trat er sofort von diesem Verkaufsvertrag zurück. Frau Bodmer drohte ihm, falls er jetzt zurücktrete, werde sie ihn anzeigen mit der Behauptung, er habe von dem Schwindel gewußt. Mahler zog aus dieser Drohung die einzig richtige Konsequenz: Er zeigte Frau Bodmer wegen Erpressung an. Dieses Verfahren stellte Groß schon nach kurzer Zeit ein. Frau Bodmer hatte im Gegenzug Anzeige gegen Mahler wegen Untreue erstattet. Untreue deshalb, weil Mahler tatsächlich 18 000 DM Steuer-Rückzahlung aus dem rückgängig gemachten Strohmann-Verkauf mit Hinweis auf die 25 000-Mark-Forderung aus dem Schuldschein einbehalten hatte. Um diese 18 000 Mark und um den Schuldschein geht es jetzt: In einem Zivilstreit erkannte das Landgericht Mahlers Forderung als gerechtfertigt an und betonte, er habe die 18 000 Mark mit vollem Recht einbehalten. Damit hätte die leidige Affäre, bei der sich Frau Bodmer immer mehr in Widersprüche verwickelte, eigentlich ihren Schlußpunkt finden müssen.

Doch inzwischen hatte es in Westberlin einen 2. Juni 1967 gegeben. Und es war lediglich einem bis dahin noch relativ unbekanntem Rechtsanwalt zu verdanken, daß er das von Justiz, Polizei und Presse gesponnene Lügengewebe um diesen 2. Juni mit konkreten Beweisen zerstörte: Ohne Mahler könnten "Bild" und Senat noch heute behaupten, Ohnesorg wäre ein Rädelsführer gewesen und Kurras hätte in Notwehr gehandelt.

Wieder also war es dieser unbequeme Mahler, der auch die Staatsanwaltschaft scharf angriff wegen ihrer einseitigen Ermittlungen und Verlautbarungen. Mahler spricht in einem jetzt veröffentlichten Brief an Justizsenator Hoppe (EXTRA-Dienst 66/II) offen den Verdacht aus, daß mandaraufhin überlegte, wie man ihn "abschießen" könnte. So erwähnt er "die Tatsache, daß die Anzeige gegen mich zwar schon im Februar 1967 eingereicht, aber erst Ende Juni 1967 von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen wurde - also zu einer

Zeit, als ich im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 2. 6. 1967 in der Öffentlichkeit schwere Vorwürfe gegen die Westberliner Justiz erhoben hatte, die übrigens bis heute nicht untersucht worden sind."

Ebensowenig untersucht wie die Vorwürfe, daß man Mahler kurz vor Eröffnung des Teufel-Verfahrens mitteilte, man werde auch ihn demnächst anklagen. Auf Wunsch des Gerichtsvorsitzenden wurde Herr Groß Mahlers Gegenspieler im Teufel-Prozeß, obwohl er zuvor mit den Ermittlungen überhaupt nichts zu tun gehabt hatte. Der Richter, der diesen in der Tat nachdenklich stimmenden Wunsch äußerte, hieß übrigens - Pahl. Derselbe Landgerichtsdirektor, der das Wemhoff-Verfahren geführt und die Decot-Anklage eingestellt hatte. Wie der Zufall so spielt, waren alle wieder beisammen, die einst im Wemhoff-Prozeß mitwirkten. Nur der Angeklagte war ausgetauscht. Und wieder war die Blamage für Groß und Pahl ungeheuer.

Daß Groß daraufhin die Ermittlungen gegen Mahler nur noch forcierte, ist kaum verwunderlich. Er legte so ein Tempo vor, daß er in der Eile übersah, daß sich seine Zeugin Bodmer inzwischen in allen wichtigen Einzelheiten grundlegend widersprochen hatte, daß von ihrer Anschuldigung nichts mehr übriggeblieben war. Groß vergaß sogar in seiner Hast, Ermittlungen gegen Frau Bodmer wegen einer ihm zur Kenntnis gelangten falschen eidesstattlichen Versicherung im Zusammenhang mit der Thyssenbank-Affäre einzuleiten. Es hätte auch seine "Zeugin" noch mehr in Mißkredit gebracht.

Ohnehin werden von der Anklage des Ersten Staatsanwaltes Groß, die er jetzt - wie angekündigt - erheben will, schließlich nur ein paar Schlagzeilen in unserer rührigen Presse zurückbleiben: "Rechtsanwalt Mahler muß wegen Untreue vor Gericht" - "Veruntreute Mahler Klientengelder?" - "APO-Anwalt als Betrüger angeklagt". Und diese Schlagzeilen werden im Gedächtnis haften bleiben, egal, ob das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens von vornherein ablehnt oder Mahler erst im Prozeß freispricht. Die Öffentlichkeit wird Mahler sofort verurteilen; sie wartet nur auf eine Gelegenheit. Und da ihm politische Verleumdungen und Anklagen nichts anhaben können, versucht man einen schäbigen kleinen Betrüger aus ihm zu machen.

Wie gesagt: Man kann einen Mann per Gerücht zum Säuglings-Schänder machen, man kann ihm auch heimlich LSD geben, man kann aber auch ... siehe Aktenzeichen 1 Bt Js 135/67.

EXTRA-AUSLESE

GISELHER WIRSING: ISRAEL DER "VATIKAN DES WELTJUDENTUMS"

Giselher Wirsing, Mitgründer und Chefredakteur der Gerstenmaier nahestehenden Stuttgarter Wochenzeitung "Christ und Welt", geriert sich in diesen Wochen als engagierter Vorkämpfer des Staates Israel. Vor nunmehr genau 30 Jahren veröffentlichte der "Nahostexperte" Wirsing ein Buch "Engländer, Juden, Araber in Palästina", in dem er sich auf rund 315 Seiten über die zynische Politik des "Weltjudentums" erregte, das die Araber im damaligen Palästina und heutigen Israel "wirtschaftlich und moralisch vernichten will". In der beabsichtigten Gründung des Staates Israel sah Wirsing - damals - den Versuch des "Weltjudentums", seine "Weltherrschaft" durch "die Erschaffung eines Vatikans des Weltjudentums" zu zementieren (Seite 106). EXTRA-Dienst dokumentiert aus dem 1939 im Jenaer Eugen-Diederichs-Verlag erschienenen Buch Titelblatt und einige bezeichnende Seiten im Faksimile. - Wirsing gehörte mit Zehrer zu den Mitbegründern der rechtsextremistischen "Tat", war dann Chef der NS-gleichgeschalteten "Münchener Neuesten Nachrichten" und gründete später das nazistische Intellektuellenblatt "Das XX. Jahrhundert", das den NS-Imperialismus "verdeutlichte". In seiner "Who is who"-Notiz (Ausgabe 1964) läßt er angeben, er habe "10 Bücher" geschrieben und läßt einige Titel angeben - jedoch nicht seine im NS-Jargon geschriebenen Werke wie "Der maßlose Kontinent" (eine Studie über den amerikanischen way of life und den amerikanischen Imperialismus aus großdeutscher Sicht) oder das Buch, aus dem hier zitiert wird. Giselher Wirsing war in den fünfziger Jahren der Anlaß dafür, daß Werner Höfers Journalisten-Stammtisch vom Bayrischen Rundfunk nicht mehr übertragen wird: Als Höfer den einstigen NS-Ideologen als "Experten" einlud, gab sich der Bayernfunk überraschend "demokratisch-pingelig" und schaltete ab. Das Wirsing-Faksimile folgt auf den nächsten drei Seiten:

G I S E L H E R W I R S I N G

ENGLÄNDER
JUDEN
ARABER
IN PALÄSTINA



EUGEN DIEDERICHS VERLAG JENA

Die Kernfrage des Zionismus

Als Alfred Rosenberg 1922 in seiner Schrift über den Zionismus zum erstenmal den Versuch machte, die wahren Hintergründe der zionistischen Bewegung zu durchleuchten, mögen wie auch in späteren Jahren viele, die grundsätzlich antisemitisch gesinnt sind, der Meinung gewesen sein, es habe doch wenig Sinn, auch die zionistische Richtung des Judentums zu bekämpfen, weil sie doch zum mindesten dem alljüdischen Assimilationsversuch eine Schranke setze. Nun ist es völlig klar, daß, wer sich überhaupt mit dem Problem des Weltjudentums befaßt, sich wohl oder übel auch Gedanken darüber machen muß, ob es auf eine vernünftige Weise zu lösen sei. Zweifellos könnte man die Errichtung eines jüdischen Staates irgendwo in der Welt, der mit der Zeit so ziemlich das ganze Judentum aufsaugte, als eine gegebene Lösung ansehen. Der Uganda-Vorschlag Joe Chamberlains aus dem Jahre 1903 war durchaus nicht falsch gedacht. Das Judentum hat ihn abgelehnt und sich auf die Eroberung von Palästina versteift. Die Frage, die daher im Vordergrund stehen muß, wenn man sich mit dem Palästina-Problem unserer Tage befaßt, heißt vor allem: *kann Palästina überhaupt eine Lösung der Weltjudenfrage bringen?*

Diese Frage stellen und sich dann im Lande selbst umsehen, heißt bereits, sie zu verneinen. Als ich mich im Hause der Jewish Agency in Jerusalem danach erkundigte, wie sich die zionistische Organisation zu dieser Grundfrage selbst stelle, ergab sich ein eigentümliches Bild. Die Peel-Kommission war eben aus Palästina abgereist. Die ganze Zukunft des Zionismus schien durchaus in der Schwebe zu sein. Trotzdem trug man in der Jewish Agency größten Optimismus zur Schau. „Ja, ohne Zweifel“, so sagte man mir, „die Einwanderung wird in der nächsten Zeit Beschränkungen erfahren. Aber auf die Dauer kann man in London unseren Forderungen nicht widerstehen. Es wird genau so gehen wie nach 1929. Damals

wurde die Einwanderung ebenfalls beschränkt. Zwei Jahre hat es gedauert, dann hat sich das Ventil von selbst wieder geöffnet. Was immer Ihnen die Araber sagen, nicht sie haben die Macht. Nicht auf sie kommt es an. Nein, wir fürchten nichts von englischen Kommissionen. Viel schlimmer ist schon diese englische Verwaltung hier. Eine mehr als zweitklassige Verwaltung, die uns nicht einmal zu dem Lande verhelfen kann, das wir zu hohen Preisen gekauft haben.“

Auf meine Frage, wie groß man denn nun eigentlich in der Jewish Agency die seit Jahren so stark umstrittene Fassungskraft Palästinas für die jüdische Einwanderung ansehe, sagte man mir ohne nachzudenken: mindestens 5 bis 6 Millionen Juden könnten in Palästina leicht Platz finden. Meine weitere Frage, ob diese an sich doch wohl sehr übertriebene Schätzung, die allen englischen Kommissionsberichten durchaus widerspreche, nicht zum mindesten bedeuten müsse, daß auch der letzte Araber aus Palästina entfernt werden müsse, blieb natürlich unbeachtet. Tatsächlich ist jedoch durch das, was mir in der Jewish Agency gesagt wurde, dreierlei geklärt worden: einmal, daß trotz aller Redensarten, die seit nunmehr zwanzig Jahren vom Zionismus über die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens mit den Arabern gemacht werden, das Endziel die völlige Verdrängung der Araber aus Palästina ist. Das Motto aus einer Rede Chaim Weizmanns, das wir diesem Abschnitt vorausstellten, sagt genug. Zum zweiten wurde klar, daß auch die optimistischsten Schätzungen bei- leihe nicht annehmen, daß auch nur die Hälfte der 16 Millionen Juden, die es ungefähr in der Welt gibt, in Palästina untergebracht werden kann. Zum dritten ergab sich, daß die Jewish Agency entschlossen ist, ohne Rücksicht darauf, was später eigentlich mit den Juden in Palästina geschehen soll, eine rein quantitative Politik zu treiben und soviel Juden als nur irgend möglich nach Palästina hineinzuholen, um, sobald es immer zu erreichen ist, die Mehrheit im Land zu erringen. Verweilen wir zunächst noch einen Augenblick bei dem zwei-

ten Punkte, der Frage, ob durch Palästina eine Lösung der Weltjudenfrage möglich ist, so kommen wir zu folgendem Schluß: auch die schärfsten Verfechter des Zionismus halten es für ausgeschlossen, daß mehr als knapp ein Drittel des Weltjudentums im Lande Platz finden kann. Polen, Rumänien, Litauen, Lettland und Ungarn besitzen heute insgesamt eine jüdische Bevölkerung von beinahe fünf Millionen. Schon die völlige Überführung des Hauptkontingents der Ostjuden nach Palästina würde, selbst wenn es überhaupt keine arabische Frage gäbe, also praktisch nicht durchzuführen sein. Oder jedenfalls nur dann, wenn man in Palästina ein jüdisches Elendsproletariat schaffen will, das das Gelobte Land dann ohnedies nach wenigen Jahren oder Jahrzehnten wiederum verlassen würde. Von der Möglichkeit, auch nur einen wesentlichen Teil der zwei Millionen Juden in New York, der 480000 Juden in Wien und Budapest nach Palästina zu überführen, wird von den Zionisten von vornherein ganz abgesehen. Chicago allein hat beinahe soviel Juden (330000), als zwischen 1920 und 1938 in Palästina einwandern konnten! Dies muß man als Maßstab nehmen, wenn man Palästinas Fassungskraft im Rahmen des jüdischen Weltproblems sieht. Es ergibt sich eindeutig, daß Palästina weder die Lösung noch auch nur eine halbwegs befriedigende Teillösung der Weltjudenfrage bringen kann. Vielmehr baut die in der Jewish Agency betriebene alljüdische Politik von vornherein auf dem Grundsatz auf, daß das „assimilierte“ Westjudentum einschließlich des Judentums in Österreich und Ungarn sowie vor allem das amerikanische Judentum dort bleibt, wo es heute ist.

Was man erstrebt, ist die Möglichkeit des Zusammenschlusses in der staatlichen, in der Finanz- und Wirtschaftswelt Westeuropas zur Macht gelangten Judentums mit einem jüdischen Staat in Palästina, der in Augenblicken einer gewissen Gefahr für das Judentum in dem einen oder anderen Land in ganz bestimmter Richtung, sei es durch offizielle diploma-

tische Schritte, sei es durch andere Propagandamaßnahmen, in Funktion treten kann. Wie dieses Zusammenspiel bereits jetzt organisiert ist, haben wir aus der Arbeitsteilung zwischen Ost- und Westjudentum in der Jewish Agency gesehen. Diese „Arbeitsteilung“ ist nicht nur als ein Übergangsstadium für heute und morgen gedacht. In ihr steckt vielmehr bereits das ganze zukünftige Programm, das das Weltjudentum mit der Palästinafrage verbindet. Alle philanthropischen Argumente, die von jüdischer und sehr oft auch von englisch-amerikanischer Seite in die Waagschale geworfen werden, verflüchtigen sich bei näherem Zusehen. Sie hätten eben nur dann wirkliche Bedeutung, wenn mit dem Aufbau eines Judenstaates an einer Stelle der Erde begonnen worden wäre, die einerseits bevölkerungsmäßig wirklich einen Leerraum darstellt – was bei Palästina nicht der Fall ist – und die andererseits im Laufe einiger Jahrzehnte sagen wir neun Zehntel des Weltjudentums aufnehmen könnte. Beide Voraussetzungen sind im Falle Palästinas nicht gegeben.

Was übrigbleibt, ist zunächst einmal der Betrug der eingegessenen arabischen Bevölkerung um ihr Recht auf politische Selbstbestimmung und darüber hinaus überhaupt um ihr Recht auf Land und Leben. Zweitens aber der oben geschilderte alljüdische Plan: Palästina als Vatikan eines Weltjudentums, dessen wichtigste Zweige nach wie vor ihre Macht in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten politisch und finanziell ausbauen und festigen. Das ist das Ziel, um dessentwillen ein so erstaunlich großer Apparat in Bewegung gesetzt worden ist, um dessentwillen die Kabinette in London Jahr um Jahr viele Wochen sich den Kopf zerbrechen müssen, um dessentwillen britische Soldaten in Palästina bluten, arabische Freischärler zu Tausenden ihr Leben lassen müssen, das amerikanische State Department umfangreiche Untersuchungen anstellen muß, Sitzungen über Sitzungen in Genf einberufen werden und der große Mechanismus der sogenannten Weltpresse in Bewegung gesetzt wird.

Wenn von Philanthropie im Zusammenhang mit Palästina die Rede ist, so ist es ja immerhin ein eigenartiger Fall von Menschenfreundlichkeit, die, um einigen Hunderttausend Juden Platz zu schaffen, ebenso viele Hunderttausende Araber wirtschaftlich und moralisch vernichten will. Diese Philanthropie pflegt sich mit den zivilisatorischen Fortschritten, die der Zionismus nach Palästina gebracht hat, zu umkleiden. Diese seien auf einzelnen Gebieten durchaus nicht bestritten. Wenn man sie den Arabern gegenüber ausspielt, begeht man allerdings den doch wohl sehr handgreiflichen Fehler, zu vergessen, was wohl die Araber aus Palästina gemacht hätten, wenn ihnen sowohl die Schulungsmöglichkeiten wie vor allem die gleichen gewaltigen Kapitalmittel zur Verfügung gestanden hätten wie den Juden in Palästina. Wenn sich ein steinreicher Mann in einer abgelegenen Gegend ein großes Haus baut und dann seinen Gästen sagt: Seht, wie rückständig sind doch meine armseligen Nachbarn in ihren traurigen Hütten, so hat man dies bisher jedenfalls nicht als Philanthropie bezeichnet.

Die Frage, wie groß die *Fassungskraft* Palästinas eigentlich ist, hat eine Reihe von britischen Untersuchungskommissionen beschäftigt. Da das statistische Material auch noch heute nicht völlig zureichend ist, ist man nicht zu einem einheitlichen Schluß gekommen. 32% der 27 009 qkm Palästinas gelten als kultivierbar⁶⁴. Insbesondere die Untersuchungskommission unter Leitung von Sir Walter Shaw, die im Frühjahr 1930 Palästina bereiste, und die Kommission unter Sir John Hope-Simpson haben die Möglichkeiten der jüdischen Einwanderung außerordentlich skeptisch beurteilt. Der radikale zionistische Flügel unter Jabotinsky hatte bis dahin erklärt, in ganz Palästina stünden 18 Millionen Dunam (1 Dunam = 0,1 ha) zur Verfügung. Der Kommissar der Palästinaregierung für den Landbesitz hatte ihn auf 10,59 Millionen Dunam geschätzt, Sir John Hope-Simpson errechnete jedoch nur eine Ziffer von 6,54 Millionen⁶⁵. Hope-Simpson erklärte,

ZITAT DER WOCHE

"Ich als Staatsbürger und Volksbote habe auch angenommen, daß so etwas dahintersteckt" (Bundestagspräsident Gerstenmaier am 14. August im Deutschen Fernsehen auf die Frage, ob die Bundestagswoche in Westberlin auf alliierten Einspruch hin abgesagt wurde; er, Gerstenmaier, habe sich aber überzeugt, daß die Alliierten nicht interveniert hätten.

----- anzeige -----

K R I T I S C H E S K I N O

Festival
des
engagierten Films

b e l l e v u e

Filmkunst am Hansaplatz
U-Bhf. Hansaplatz / A 16 A 25
S-Bhf. Bellevue / Tel. 39 44 44

4. Woche:
REVOLUTION IM KINO

Fr. VIVA MARIA

23. Regie: Louis Malle - Parodie auf eine Revolution mit Brigitte Bardot und Jeanne Moreau

Sbd. DER KRIEG IST VORBEI

24. Regie: Alain Resnais - Elegie auf einen alternden Revolutionär mit Yves Montand

Stg. MARAT

25. Verfilmung des Bühnenstücks von Peter Weiss mit Peter Brooks

Mo. VIVA ZAPATA

26. Nach John Steinbeck; Regie: Elia Kazan, mit Marlon Brando, Anthony Quinn

Di. DER BRIEF

27. Erstklassiger Reservekafka von Vlado Kristl

Mi. PROTEST

28. Regie: Karel Reisz; im Vorprogramm: Godard: "Ein Wochenende auf der Erde im Jahr 2000".

Do. DIE CHINESIN

29. Regie: J. L. Godard - Fünf junge Linksintellektuelle proben in einer Kommune Mao Kulturrevolution

17/19/21 Uhr - Fr. - Stg. u. Mi. 16. 30/ 18. 45/ 21 Uhr

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6. 00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: